



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⌘: Die Parteien und die Zukunft unserer Regierungsform

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nicht zu behebenden kleinen Schwierigkeiten des Wagens und des gegen Rässe und Kälte zu schützenden Körpers in das Gefüge der staatlichen Organisationen hineinkriechen und selbst vor den ehrwürdigen Gestalten der organisierenden Senatoren nicht Halt machen. Dabei lernt Beamter und Laie die wichtigsten Wahrheiten dieser Zeit, die keine Präzedenzfälle kennt und über die nichts bei den Akten liegt:

Der eingeseifte Ringelschwanz einer fliehenden Sau ist leichter zu fassen, als die Probleme, die diese Zeit täglich unerwartet stellt. Die vorhandenen und noch zu schaffenden bürokratischen Organisationen werden zwar dieser Probleme nicht Herr werden, sie werden aber auch den guten Ausgang des Krieges nicht zu hindern vermögen, so wenig wie die Gesetzgebung die zur täglichen Gewohnheit gewordenen kleineren oder größeren Rechtsverletzungen noch beträchtlich zu steigern vermag. Wenn es auch gelingen mag, durch Vermehrung der Papiererzeugung die Zahl der Darstellungen der allein und unfehlbar zum schnellen und guten Frieden führenden Wege zu erhöhen, so wird dies den Krieg doch nur unwesentlich verlängern können.

Berlin, den 10. März 1918.

Ihr

Nemo

Die Parteien und die Zukunft unserer Regierungsform



Unsere Sprache ist stets nur ein unvollkommenes Hilfsmittel gewesen, die ewig veränderlichen und vielseitigen Formen der Erscheinungswelt verständlich zu machen. Die Begriffe und Worte, mit denen sie arbeitet, gleichen Lampen, die eine geistige Wegstrecke erhellen sollen, oft aber nur trüben Schein verbreiten oder geradezu wie Fackeln wirken.

Mit dieser gewissermaßen „gegenständlichen“ Fehlerquelle vereinigt sich die Vorliebe des Sprechenden für das bequeme, Zeit und Überlegung sparende Schlagwort, um die Differenz zwischen Abbild und Urbild zu verstärken. Das „stenographische“ Denken ist auch auf politischem Gebiete beliebt, wo die Kürzung der Formel am allerwenigsten paßt; wir erleben es tagtäglich an den in ihrer Monotonie ermüdenden inneren Fehden; mit Bezeichnungen wie „Vaterlandspartei“ oder „Neuorientierung“ z. B. läßt sich in der Tat „trefflich streiten“ und manch „System bereiten“.

Im Schattenreiche der politischen „Ismen“ steht gegenwärtig der „Parlamentarismus“ an erster Stelle. Seit das Zeitalter der absolutistischen Kronen vor dem aufsteigenden Gestirn von 1789 versank, hat die Tatsache der genossenschaftlichen Kraftentfaltung im staatlichen Leben verschiedene Parolen gehabt. Von den amerikanischen „declarations of rights“, den französischen „declarations des droits de l'homme et du citoyen“ führt eine in ihrer begrifflichen Verengerung und Verfeinerung deutlich erkennbare Linie über die „Konstitutionen“ des neunzehnten Jahrhunderts zu jenem Modeworte insbesondere der deutschen Gegenwart.

„Parlamentarismus“, so heißt die letzte, die entscheidende Wegmarke der „Neuorientierung“, und folgerichtig läßt man die sogenannte Reichstagsmehrheit, als deren Anhänger gemeinsam die gewiesene Straße ziehen. Denn man täuscht sich über die Harmonie. Wie nach außen, in der Frage der Kriegsziele, der Friedensmehrheitsblock deutliche Risse zeigt (Äußerungen der „Germania“ und eine scharfe Abfage des jüngeren Spahn an die traditionelle Bethmann-Politik im „Tag“ beweisen das), so strebt auch im Inneren das parlamentarische Biergespinn auseinander.

Schon hierbei macht das vereinfachende Verfahren des Formel Denkens Bankrott. Einer geschichtlichen Betrachtung allerdings keine Überraschung.

Ein Blick in die Parteiprogramme und Wahlaufrufe der Periode von 1871 bis 1914 zeigt als unentwegten Verfechter parlamentarischer Regierungsweise eigentlich nur die in der heutigen Fortschrittspartei zusammengeschlossenen Fraktionen. Die deutsche Volkspartei verlangte 1895 „Bestimmung der staatlichen Politik durch den Mehrheitswillen der parlamentarisch vertretenen Nation“ und sprach damit nur unverblümt aus, was verwandte Richtungen etwa mit „Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens“) oder der „parlamentarischen Verfassung durch Kräftigung der Rechte des Reichstages“ vorsichtiger umschrieben**).

Vergebens sucht man bei den übrigen Parteien ähnliche Äußerungen, weder wie selbstverständlich auf der Rechten, noch bei Nationalliberalen, Zentrum und Sozialdemokratie. Und heute?

Graf Hertling berief sich im Herbst, als er im bayerischen Landtage die Aufhebung des Artikels 9 der N. V. ablehnte***), auf die Haltung Windthorst's zu der Frage verantwortlicher Reichsministerien. Die „Germania“ empfahl vor kurzem eine „gesunde Mischung“ zwischen bürokratischen und parlamentarischen Ministern.

Im nationalliberalen Lager herrscht starke Verschiedenheit der Ansichten. Der Ministerabgeordnete Dr. Friedberg glaubte jüngst in einer Rede vor seinen Solinger Wählern in Übereinstimmung mit dem Zentrumsorgan das „gemischte“ System („Fachminister durchsetzt mit parlamentarisch geschulten Politikern“) als „deutschen Parlamentarismus“ der Zukunft ankündigen zu können, was vielleicht noch auf der Linie einer parteioffiziösen Kundgebung aus dem Herbst vorigen Jahres liegt, wo die „Übertragung des parlamentarischen Systems“ abgelehnt und nur „ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volksvertretung und Regierung verlangt“ wird. Böllig von diesem Programm entfernt sich jedenfalls die „Berliner Börsenzeitung“, deren politischer Redakteur soeben den entschlossenen Abmarsch nach links befürwortet. Die Bedeutung einer Mittelpartei, so lautet die Begründung, sei in einem parlamentarisch regierten Lande gering. Die Nationalliberalen würden hoffentlich die Einsicht und das Verständnis für die veränderten Zeiten haben, daß sie als „unabhängige“ Partei nur im Obrigkeitsstaate zu Ansehen gelangen könnten. Die nun einmal den Parlamentarismus vorbereitende Gegenwart fordere eine klare Stellung, und die Zukunft der nationalliberalen Partei sei nur dann gesichert, wenn sie sich bei der Neuformung unseres politischen Lebens auf die liberale Seite schlage.

Die Sozialdemokratie endlich hat im allgemeinen andere Sorgen, als sich über die Zusammensetzung des Kabinetts den Kopf zu zerbrechen. Sie verhardt lieber in der Opposition als Kontrollorgan und Kritiker der Regierung, mit der sich zu berühren oder gar organisch zu verbinden, peinlich vermieden wird. Geschicknisse des vergangenen Sommers ließen diese Grundeinstellung der Partei — übrigens eine Erbschaft aus den Verdejahren des deutschen Konstitutionalismus — wieder einmal recht deutlich werden. Der Nachdruck liegt bei den sozialdemokratischen Forderungen auf der Reform von Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Arbeiterinteressen; etwaigen Experimenten in der Zusammensetzung der Regierung steht man hier sehr gleichgültig gegenüber. Es ist nicht überflüssig, diese Tatsache zu betonen, da die öffentliche Meinung dazu neigt, über dem dicken Trennungsftrich von „Rechter“ und „Linker“ die feineren, aber sehr wichtigen Unterschiede innerhalb der so getrennten Hauptgruppen zu übersehen.

Um ein paar Beispiele zu geben: Im „Berliner Tageblatt“ erschienen Herbst 1916 zwei Artikel Wolfgang Heines, „Deutsche Zukunft“ überschrieben, die das „Programm der Grundlinien einer neuen inneren Politik“ entwickelten; vom Parlamentarismus war nicht die Rede.†) Was sich hier mittels Schlusses

*) „Freisinnige Volkspartei“, Programm vom 24. Sept. 1894. **) „Deutsche Fortschrittspartei“, Programm vom 24. bis 26. Nov. 1878. ***) Andere Äußerungen von dieser Seite s. „Grenzboten“ Nr. 9 „Parlamentarismus und gleiches Wahlrecht“. †) Ebenfalls in seinem bei Diederichs erschienenen Buche: „Zu Deutschlands Erneuerung“, einer Sammlung von Kriegsaussäßen.

ex silentio folgern läßt, wird bei anderen sozialistischen Schriftstellern unverhüllt ausgesprochen. „Hätte das deutsche Pürgertum im Jahre 1848 das parlamentarische System durchgesetzt“, — sagt Paul Lensch, „Drei Jahre Weltrevolution“ — „dem Aufsteigen der deutschen Arbeiterklasse wären noch ganz andere Hindernisse in den Weg geschleudert worden, wie es Bismarck und die Bureaufratie nur je vermocht haben.“ Dem entspricht die charakteristische Forderung „dem Reichstage die entscheidende Kontrolle der Beamtenregierung zu sichern.“

In Deutlichkeit der Meinung nicht mehr zu überbieten ist ein allerdings nicht ohne Widerspruch gebliebener Aufsatz Heilmanns in der „Glocke“, wo es heißt: „Unser Feind ist das Kapital, und seine Verkörperung ist viel eher das „Berliner Tageblatt“ als der König von Preußen, viel eher die parlamentarische Bourgeoisrepublik als die preußische Beamtenverwaltung, die überwiegend geführt wird von studierten Proletariern an Vermögen und Rittern nur in der Pflicht. Wir müssen sozialistisch und vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus denken und die Lösungen der Liberalen endlich dem „Berliner Tageblatt“ und der „Bosjischen Zeitung“ überlassen, statt unsere Parteiblätter und unsere Parteitaktik zu einem faden Aufguk oder knotigen Gebrüll ihrer Schlagworte zu machen. Was die bürokratische Obrigkeitsregierung für die deutsche Sozialreform geleistet hat, ist zehnmal so viel wert wie das ganze Brimborium des parlamentarischen Regimes, natürlich nicht für das „Berliner Tageblatt“, wohl aber vom Standpunkt proletarischer Klassenpolitik aus. Die Regierungsform hat für das Proletariat nur gerade so viel Interesse, als es untersuchen will, welche Verfahrensweise mit dem höchsten Nuzeffekt für die breite Masse wirtschaftet. Das parlamentarische System tut das sicherlich nicht. Darüber täuscht uns kein westeuropäisches Schlagwort hinweg. Die Regierungsweise ist überhaupt nur das Gefäß, der Becher; was darin zum Trinken geboten wird, darauf kommt es den Arbeitern in erster Linie an.“

Und damit ein Zeugnis vom äußersten Flügel nicht fehle: soeben beginnt Julian Borchardt unter dem Titel „Demokratie und Freiheit“ eine „Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkungen in den westlichen Kulturstaaten“ mit einem Amerika gewidmeten Hefte, wo der zwar formell nicht parlamentarisch regierte, sich aber doch mit besonderem Pathos zu den „freien“ Völkern rechnende Uncle Sam die trügerische Maske fallen lassen muß.

Alles in allem ergeben sich bemerkenswerte Gruppierungen. Die beiden Sozialdemokraten Lensch und Heilmann suchen die Freiheit mehr in der Verfassung als in der Verwaltung und berühren sich darin mit einem so konservativen Staatsmann wie Berthold Niebuhr in schärfstem Gegensatz zu der Vorstellungswelt des westlich orientierten Liberalismus, für den stets die Theorie der Regierungsweise wichtiger war als die Praxis der „administration“ (s. England!) Und wenn Lensch vom sozialistischen Standpunkte für eine in jeder Beziehung starke Staatsgewalt eintritt, so kämpft er Seite an Seite mit den Vertretern des im Kriege zu neuem Selbstbewußtsein erwachten deutschen Staatsgedankens, und der gemeinsame Feind ist der Individualismus des Manchesterturns in seiner wirtschaftlichen und politischen Erscheinungsform. Der sozialistische Freiheitsbegriff bei Lensch ist ein völlig anderer als der individualistische des liberalen Typus, (z. B. Hugo Preuß), wenn auch beide den Obrigkeitsstaat überwinden wollen! Sehr charakteristisch für diese innere Fremdheit ist es, daß Preuß jüngst den englischen Soziologen Dawson auf die „Schwierigkeit des Problems“ hinweist, „das parlamentarische Regierungssystem mit einem hochentwickelten Sozialismus zu vereinen.“*)

Jedenfalls läßt sich von einer Einheitsfront in Sachen des Parlamentarismus angeichts dieses bunten Stimmenchors bei den sogenannten Mehrheitsparteien nicht reden, wenn auch zugegeben werden soll, daß die Fortschrittler sich nicht mehr so in der Isolierung befinden wie ehemals, was aus der oben berührten Saltung des Zentrums und eines Flügels der Nationalliberalen hervorgeht.

*) Im Märzheft der „Neuen Rundschau“ (S. Fischer).

Zugleich ist aber auch ein weiterer Irrtum des Formel Denkens deutlich geworden. Nicht nur steht man innerhalb der Parteien in recht verschiedenen Abständen vom Ziel — dieses ist auch überhaupt nicht in allen Fällen das gleiche! W. a. W.: was man sich unter Parlamentarismus denkt, nimmt sich hier und dort und wieder an einer anderen Stelle recht verschieden aus.

Auch dieses Problem hat bei uns im Laufe der Jahre hinsichtlich seiner begrifflichen Lösung Fortschritte gemacht, obwohl deutsche Gedankenarbeit sich in der Regel andere Betätigungsgebiete suchte. Wir wollen im allgemeinen — mit den üblichen naiven oder böswilligen Ausnahmen — nichts mehr wissen von dem alleinseligmachenden Universal-schema der „guten“ Verfassung (Dahlmann), wie es der ältere Liberalismus in doktrinärem Glauben an Englands Erbweisheit und ihre Propheten (von Montesquieu angefangen) aufrichtete. Man ist über die Zeiten hinweg, wo Parlamentarismus und Konstitutionalismus als gleiche Größen behandelt wurden, wie das beispielsweise im Deutschen Reichstage noch während der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts geschah.*)

Namentlich der Krieg hat hier wesentlichen Einfluß geübt, indem er weiten Kreisen die Illusion der westlichen „Demokratien“ zerstörte. „Das Schlagwort Demokratie, mit dem England und seine Gefolgschaft haufieren gehen, darf uns nicht blenden, damit wir nicht wie Insekten in ein verjüngendes Licht hinein-flattern.“ In diesen Worten eines — Gewerkschaftsvorsitzenden lebt die Erkenntnis, daß wir uns vor einer blinden Nachahmung fremder Verfassungseinrichtungen hüten müssen. Das schließt natürlich nicht aus, wirklich Gutes und Bewährtes zu nehmen, wo man es findet, und die heimischen Zustände in einer Richtung fortzubilden, die sich nach dem wenigstens theoretisch im Westen vertretenen Grundsatz gesteigerten Volkseinflusses orientiert.

Es ist noch nicht lange her, da glaubte unsere Staatslehre und Verfassungsgeschichte den preußisch-deutschen Typus eines monarchisch-konstitutionellen Staatswesens als die eigentümliche heimische Abart dem englischen Parlamentarismus samt seinen planetarischen Nachbildungen gegenüberstellen zu können. Ähnlich scheint ja Minister Dr. Friedberg in seiner oben erwähnten Rede trennen zu wollen, nur daß bei seinem Vorschlage auf dem Worte Parlamentarismus, nicht mehr auf „monarchisch-konstitutionell“ der Nachdruck liegt. Wie weit dem eine sachliche Verschiedenheit entspricht, läßt sich aus dem Zeitungsabdruck der Rede nicht entnehmen. Denn es kommt, wie gesagt, alles darauf an, was man unter Parlamentarismus versteht. Der Minister erläuterte den „deutschen“ Parlamentarismus als „engere Fühlung zwischen der Volksvertretung und dem Parlament“, darin also mit dem Zentralvorstand seiner Partei (vgl. oben) völlig übereinstimmend, und er will diese engere Fühlung durch eine beschränkte Personalunion zwischen Abgeordneten- und Regierungsstellen gleichsam garantieren.

Die eigentliche Kardinalfrage, von welchem staatlichen Willenszentrum Bildung und Bestand des so zusammengesetzten Kabinetts abhängen, ist hier also umgangen!

Das „Berliner Tageblatt“ — in seinem Kommentar zur Solinger Rede — geht sofort an den Nerv der Dinge heran. Vom „deutschen“ Parlamentarismus schreibt das Blatt: „Auch wir haben nichts dagegen“, um sogleich fortzufahren: „Der Kernpunkt des parlamentarischen Systems liegt eben ganz wo anders. Die Hauptsache ist nämlich, daß das Kabinett zurücktreten muß, wenn ihm die Mehrheit des Parlaments ihr Vertrauen entzieht. Alles andere sind Nebensächlichkeiten.“ In der Tat! Die Hauptsache aber bedeutet, der Leser wolle sich der Bemerkungen in Heft 9 erinnern, de facto die Republik als Staatsform. Denn mit jenem „muß“ ist der Einfluß der Krone auf die Ministerernennung ausgeschaltet.

Zweifellos zielen die Bestrebungen der „orthodoxen“ Neuorientierung in diese Richtung; vorderhand wird allerdings meist versichert, die Dinge wären

*) S. „Politische Wochenschrift“ Jahrg. II, S. 154.

noch nicht so weit, daß man an eine Verwirklichung der Forderung denken könne. Die Dinge sind in der Tat noch nicht so weit. Vorläufig verbaut sich das „Berliner Tageblatt“ die eigene Straße, indem es den Bogen in anderer Weise überspannt. Dr. Friedberg hielt es nicht für bedauerlich, wenn „die konservative Einseitigkeit in der Verwaltung verschwinden“ würde. Das „Berliner Tageblatt“ kommentiert: Der Minister habe damit ebenso wie der Vizekanzler im Reich alle Brücken zu den Konservativen abgebrochen und auf ihre „positive“ Mitarbeit verzichtet. Das hat der Stellvertreter des Grafen Hertling in Preußen ebenso wenig getan, wie dieser selbst*) in seinem berichtigenden und beschwichtigenden Nachtrag zur Polemik des Herrn von Payer. Wohl aber ist es der Wunsch des Berliner Blattes (anscheinend ebenso des Vizekanzlers), und eben hier legt man sich selber Fallstricke. Denn gerade den hinkenden Parlamentarismus einer allmächtigen Partei ohne die Möglichkeit des Wechsels, wie ihn die Liberalen in Preußen und Bayern gegenüber Konservativen und Zentrum bekämpft hatten, sucht man jetzt mit verteilten Rollen fortzusetzen. Durch diese Versteifung des parlamentarischen Systems bewirkt man aber nur, daß es bei uns in absehbarer Zeit nie auf die Beine kommt!


Das Verhalten des Vizekanzlers in seiner großen Antrittsrede wirkt in derselben Richtung. Er muß sich vom „Bayerischen Courier“, dem führenden Zentrum-Blatte des Königreiches, vorwerfen lassen, die Bedeutung des Reichstages im entscheidenden Augenblick auf den Wert einer politischen Fehterschule herabgedrückt zu haben! Und zwar nicht ohne Grund, denn die Konservativen haben dem Minister keineswegs „den Fehdehandschuh hingeworfen“ oder sogar „ins Gesicht geworfen“, wie ein Leitartikel der „Berliner Börsen-Zeitung“ behauptet, sondern sie haben nur den ihnen selbst wirklich geradezu ins Gesicht geschleuderten aufgenommen. Eine Partei von solchen Überlieferungen und Verdiensten wie die ihrige mußte es in der Tat als Schimpf ansehen, mit den Ultras bolschewistischer Färbung über einen Kamm geschoren zu werden**).

Herrn von Payer mag das parlamentarische Ideal, einen möglichst klaren, einheitlichen Mehrheitswillen unter Ausschluß aller störenden Elemente herzustellen, zu seinem Vorgehen bewegen haben (das glaubt die „Vossische Zeitung“), weitblickend war es, wie gesagt, nicht; denn wenn jetzt die Konservativen gleichsam aus dem Staatsleben ausgeschaltet werden sollen, wie ehemals die Sozialdemokratie, so kehrt die alte Schwierigkeit wieder, daß nämlich die auf diese Weise zurechtgemachte Maschine des deutschen Parlamentarismus nicht zu arbeiten vermag. Das „Zweiparteiensystem“, von dem Friedrich Naumann seit Bethmanns Sturze auch bei uns reden möchte, ist nichts weiter als eine Fiktion. Wir haben eine „Opposition“, die von der Mehrheit verfemt wird, insbesondere durch Überkennung ihrer Regierungsfähigkeit. Und wir haben eine „Regierungspartei“, in deren Reihen die Opposition gegen die eigenen Führer (vgl. oben die Äußerung des „Bayerischen Couriers“) nicht unterdrückt werden kann, die überhaupt an allen Schwächen einer Koalition krankt.

Nach dem weiter oben Ausgeführten lassen sich die deutschen Anschauungen über „Parlamentarismus“ (wenn von der völlig ablehnenden Haltung der Konservativen abgesehen wird) in eine extreme und eine gemäßigte Gruppe sondern. Im Gesichtsfeld der „exaltados“ liegt nicht weniger als eine radikale Umwandlung unserer Regierung und zugleich auch unserer Staatsform. Hier erheben sich die von den Befürwortern des Wechsels begrifflicherweise allzu leicht genommenen Probleme eines neuen Reichs- und Fürstenrechtes. Einiges davon wurde vor vierzehn Tagen an dieser Stelle angedeutet. Die „Moderados“ (vgl. die erwähnten Vorschläge der „Germania“, des nationalliberalen Zentralvorstandes, des Ministers Friedberg) wollen sich mit gewissen Verbesserungen des herrschenden

*) Graf Hertling appellierte im Gegenteil an die Mitarbeit der konservativen Partei. Vgl. „Kreuzzeitung“ vom 3. März 1918.

**) Auch hier verleitete die Bequemlichkeit des Formel Denkens den Minister zu unbestimmter Anwendung des „pars pro toto“.

Systems begnügen. Es fragt sich, wie weit man hier gehen kann, ohne mit dem Grundcharakter unseres Verfassungsrechtes in Konflikt zu kommen. Ob sich überhaupt eine Synthese ermöglichen läßt und nicht vielmehr jener Konflikt, der mit dem ausgesprochenen Siege des einen oder anderen Teiles endigt, unausbleiblich ist. 



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Bichtersfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Bichtersfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum II. Quartal 1918
erneuern zu wollen. — Bestellungen
nimmt jede Buchhandlung und jede
Postanstalt entgegen. Preis 7.50 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.